



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Wesendonk, O. G. v.: Washingtoner Probleme

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Nur wenn wir mit den nahen, greifbaren Zwecken, die der Materialist allein sieht, auch wieder langsam reisende Jahrhundertziele verbinden, werden wir der Geschichte wieder Stoff zur Bewunderung geben. Nur wenn wir uns darüber klar sind, daß deutsche Wiedererhebung und Lebensmöglichkeit nicht mehr uns selber zuteil werden dürfte, sondern bestenfalls von unseren Kindern für unsere Enkel erstritten werden kann, werden wir dereinst als die Eltern gerühmt werden, die solche Kinder erzogen und damit in eigener Not das Beste getan haben, um das Schöpferische unter den Weltvölkern zu erhalten.



## Washingtoner Probleme

Von O. G. v. Wesendorf



Als sich die Vertreter der Entente zur Vorbereitung des Friedens in Paris versammelten, da meinten sie im Vollgefühl des Sieges, die Welt nach ihren Wünschen ordnen zu können. Freilich mußten sie auch damals schon Wasser in ihren Wein mengen und auf einzelne ihrer Mitglieder besondere Rücksichten nehmen. Japan hatte sich durch die Teilnahme am Kriege die Bundesgenossen verpflichtet. Es hatte den Krieg dazu benutzt, um sich, während die übrigen Völker auf dem europäischen Kriegsschauplatz beschäftigt waren, eine überragende Stellung in Ostasien zu schaffen. Faktisch war damit der Wettbewerb der europäischen Länder im fernen Osten ausgeschaltet. In dem Bestreben, Ostasien den Ostasiaten vorzubehalten und selbst die Führung dort in die Hand zu nehmen, hatte Japan die Gelegenheit ergriffen, um zunächst das im Kampf mit übermächtigen Feinden verwickelte Deutschland aus China herauszudrängen, nachdem in einem langwierigen Kriege Rußlands Drang nach dem Osten ein Kiegel vorgeschoben worden war. Gleichzeitig hatte der Weltkrieg den Japanern ein ungeahntes Aufblühen ihrer Finanzen gebracht. Die Schulden, die aus dem russisch-japanischen Kriege übrig geblieben waren, konnten abgetragen werden, der Yen stieg zu schwindelhafter Höhe empor und den Japanern wurde es ermöglicht, ihre im Auslande begebenen Anleihen zurückzukaufen. Die japanische Kriegsindustrie entwickelte sich, und, nachdem die Zufuhr aus Deutschland und Amerika durch den Krieg abgeschnitten war, nahm der japanische Export einen ungeahnten Aufschwung. So stand Japan im Augenblick der Friedensverhandlungen achtungsgebietend da. Wohlweislich hatte es sich gehütet, seine Truppen außerhalb Ostasiens zu verwenden und auch seine Flotte im wesentlichen in seinen eigenen Gewässern zusammengehalten. Nach der Beseitigung des deutschen Stützpunktes Kiautschau erblickte Japan seine wichtigste Aufgabe darin, die östlichen Meere zu kontrollieren. Als der Bolschewistensturm über Rußland segte, da sandte Japan Truppen nach Sibirien, angeblich zur

Unterstützung Koltshaks, in Wahrheit, um seinen eigenen Einfluß bei der günstigen Gelegenheit in Sibirien auszubreiten.

England konnte schon als der Verbündete Japans beim Friedensschluß kaum anders, als den Forderungen der Japaner nachzugeben. Frankreich war allein an Europa interessiert und Amerika zog sich zurück. Nicht allein Kiautschau wurde Japan im Friedensvertrage überlassen, auch Deutschlands gesamte Rechte in Schantung wurden ihm übertragen. Japan erklärte zwar, daß es diese Rechte nur solange beanspruchen wolle, bis China durch seine Hilfe zu einem modernen Staatswesen geworden sei, seine wahren Absichten erhellten aber aus den im Januar 1915 durch ein Ultimatum den Chinesen aufgezwungenen 21 Punkten. Diese stellten China gewissermaßen unter die Aufsicht der Japaner. Die Abmachungen über Schantung hatten zunächst einmal zur Folge, daß China den betreffenden Abschnitt des Versailler Friedens nicht anerkannte. Obwohl das chinesische Reich dem Namen nach eine Einheit bildet, bestehen seit der Beseitigung der volksfremden Mandschudynastie zwei Mittelpunkte, Peking im Norden und Kanton im Süden. Der Gegensatz zwischen den beiden großen Gebieten Chinas ist uralte. Auf ihm beruht der Gang der ganzen chinesischen Geschichte. Während deren Verlauf war das chinesische Reich oft genug zerspalten und nicht viele Dynastien herrschten über das gesamte Reich der Mitte. Im Norden, wo sich der Sitz der republikanischen Regierung befindet, die das Mandschukaisertum abgelöst hat, sind heute die Militärs maßgebend. Es ist nicht zu leugnen, daß Generäle, wie der ehemalige Gouverneur der Mandschurei Tschang Tzu Lin viel zur Hebung des Ansehens der sogenannten Zentralregierung beigetragen haben. Aber neben dem mehr staatenbildenden Norden machen sich im Süden mit seiner regsameren und beweglicheren, aber weniger bestimmten Bevölkerung Bestrebungen bemerkbar, selbst die Leitung Chinas in die Hand zu nehmen. Dr. Sun Yat Sen, der, ob mit Recht oder Unrecht, vielfach als Freund der Japaner gilt, hat eine eigene Regierung gebildet.

China hat eine Unterstützung seines Protestes gegen die japanischen Verschlußversuche, sowohl gegen die 21 Punkte wie gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages, bei Amerika gefunden. Dieses hat sich von Versailles völlig losgesagt, das es auch dem Friedensschluß mit Deutschland nicht zugrunde gelegt hat, und will unter allen Umständen die offene Tür in China erhalten sehen. Schließlich steht Rußland dem Frieden vollkommen fern. Mit Ausnahme Japans, das sich nur allzu bereitwillig auf den Versailler Frieden beruft, steht also keine der in Ostasien unmittelbar beteiligten Mächte auf dem Boden, den die Entente im Jahre 1919 eingenommen hat. Denn Frankreich, das seine militärischen Anstrengungen nicht eingeschränkt sehen will, betont überlaut, wie sehr es Amerikas Auffassung hinsichtlich Chinas teilt. Für die offene Tür im Reich der Mitte sind auch die nachträglich nach Washington eingeladenen Staaten zweiten Ranges wie Holland, Portugal und Belgien. Dieses besitzt zwar keinerlei Gebiete in Ostasien, Leopold II. hat den Belgiern auf wirtschaftlichem Gebiete im Fernen Osten Werte geschaffen, die eine Hinzuziehung der Belgier zu den Beratungen rechtfertigen. Am schwierigsten ist die Lage Großbritanniens. Dieses ist durch das Bündnis an Japan gefesselt, dessen Erneuerung London das größte Kopferbrechen bereitet. Deshalb ist England auf den Ausweg verfallen, den

bestehenden Vertrag stillschweigend weiter laufen zu lassen, bis sich eine Möglichkeit dazu bietet, ihn durch eine bessere Vereinbarung zu ersetzen. Es sind Stimmen laut geworden, die es für wünschenswert erachten, daß England und Japan auf ihr Bündnis verzichten, ehe sie an den Konferenztisch gehen. Aber Japan legt auf das Bündnis Wert, das es vorläufig vor gänzlicher Isolierung schützt, und auch England möchte es nicht preisgeben, solange nicht der von London betriebene enge Zusammenschluß der angelsächsischen Welt erreicht ist, der es den Briten ermöglicht, auch eine Gegnerschaft der Japaner nicht fürchten zu müssen. Wie Frankreich in Indochina sich gegen ein feindliches Japan nicht halten kann, so wäre nämlich England in Indien ernstlich bedroht, falls es zu einem Konflikt mit den Japanern käme. Allerdings geht man zu weit, wenn man glaubt, daß die indischen Nationalisten etwa besonders mit Japan sympathisieren. Ein Rabindranath Tagore ist zwar vom Mikado empfangen worden und manche indische Persönlichkeit steht in Verbindung mit dem Reiche der aufgehenden Sonne. Aber der Inder, der in seiner langen Geschichte fast nie von fremden Eroberern aus Asien wie aus Europa verschont geblieben ist, mißtraut auch den Japanern. Außer Indien wäre auch Australien sowie das ganze Inselgebiet des Pazifischen Ozeans, einem japanischen Einfall preisgegeben. Deshalb möchte England auf ein gutes Verhältnis zu Japan nicht verzichten. Andererseits liegt aber den Briten, die politisch und wirtschaftlich in China von den Japanern haben stark zurückweichen müssen, nicht an einem allzu starken Ausbau der japanischen Stellung im Reich der Mitte.

Weit über das rein chinesische Problem hinaus handelt es sich hier um die tiefsten Differenzen, die augenblicklich die Welt bewegen. Die Einladung, die Präsident Harding im Juli d. J. an die beteiligten Regierungen hinausgehen ließ, sah zwei Punkte vor: die Beschränkung der Rüstungen und das ostasiatische Problem. Beide Angelegenheiten hängen auf das innigste zusammen. Im fernen Osten kann sich nur Achtung verschaffen, wer Seegeltung besitzt und nicht befürchten muß, daß irgend eine große Aktion durch andere Mächte gestört werden kann. Englands unbestrittene Vorherrschaft zur See ist dahin. In bedenklicher Weise sind die Vereinigten Staaten in die Nähe der Briten gerückt. Englische Marineschriftsteller weisen voll Besorgnis darauf hin, wie die Anstrengungen Englands für die Flotte abnehmen, während Amerika die seinigen steigert. Will England, dessen Aufmerksamkeit durch die vielen schwierigen Fragen seines weltumspannenden Reiches auf das schärfste in Anspruch genommen wird, zur See seine Ebenbürtigkeit mit Amerika bewahren, so kann ihm nichts gelegener kommen, als eine Einigung über die Beschränkung der Rüstungen. Diese sichert den gegenwärtigen Zustand, erspart ferner den Briten große finanzielle Anstrengungen. Im Rahmen der Washingtoner Erörterungen möchte England überhaupt die großen wirtschaftlichen Probleme, namentlich die Frage der alliierten Kriegsschulden an Amerika zur Sprache bringen. Zwischen Großbritannien und Amerika steht noch der Wettbewerb um das Petroleum, das als das Betriebsmittel der Zukunft auch für die Flottenfrage von ausschlaggebender Bedeutung ist. An einer Abmachung über die Begrenzung der Flottenstaaten ist schließlich auch Japan interessiert, das heute in Ostasien über eine sehr erhebliche Macht verfügt. Auch in Japan sprechen ernste wirtschaftliche Gründe dafür. Auf die neuere Zeit

fabelhafter Blüte folgte rasch eine bedenkliche Krise mit Störungen in der Industrie und ziemlich ernsten sozialen Reibungen. In dieser Periode der Stagnation steckt Japan mitten drin. Wie in Amerika leidet seine Ausfuhr unter der Valuta, die freilich bereits wieder gesunken ist, aber bei dem Überschuß Japans an Gold immer noch eine beträchtliche Höhe innehält. Frankreich im allgemeinen hat auf den Ausbau seiner Flotte so gut wie verzichtet und kann, was seine Presse hervorhebt, sich in dieser Hinsicht den Wünschen der Amerikaner anpassen. Es hat sich auf eine rein kontinentale Politik eingestellt. Alle seine Anstrengungen gehören dem Landheer. Auf dem Rücken des deutschen Volkes, dessen Arbeitserträge in die Taschen der Franzosen fließen sollen, will Frankreich seine Vorherrschaft in Europa errichten. Sein starkes Heer ist dazu bestimmt, über eine Brücke von Vasallenstaaten im Westen wie Belgien und Luxemburg und im Osten wie Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und vielleicht Ungarn an Rußland heranzugelangen. Denn abgesehen von den dem Zaren geborgten Milliarden, denen der französische Sparer nachweint, will Frankreich nicht nur militärisch und politisch, sondern auch wirtschaftlich in Rußland eine Rolle spielen, wie es mit dem Rheinland und dem vom Deutschen Reiche losgerissener Oberschlesien mit der böhmischen Industrie, mit Teschen, den galizischen und rumänischen Ogebieten und Ungarn seine wirtschaftliche Hegemonie in Europa errichten will. Einst war Frankreich der Finanzier der Welt. Diese Rolle, die schon der Krieg von 1870/71 erschüttert hat, hat es im Weltkonflikt gänzlich aufgeben müssen. Heute will es industriell in Europa etwas gelten. Ob seine Kräfte und Fähigkeiten dazu ausreichen, soll hier nicht näher untersucht werden. Jedenfalls liegt System in dem Vorgehen von Paris. Wenn Frankreich die Beibehaltung seines gewaltigen Heeres heute in Washington betreibt und dabei zu schmählichen Mitteln wie lügnerischen Behauptungen über deutsche Kriegsvorbereitungen greift, so darf man nicht außer acht lassen, daß es Frankreichs wahres Ziel ist, durch dieses Heer und durch die Hilfe ihm ergebener russischer Politiker nach Beseitigung des bolschewistischen Regimes im ehemaligen Zarenreiche Fuß zu fassen. Auf diesem Wege wollen die Franzosen in Wettbewerb treten mit England, Italien und Amerika, die teils offen, teils unter der Hand auch im bolschewistischen Rußland zu arbeiten trachten. Mit Ostasien ist Rußland eines der „Objekte“, über die in Washington entschieden werden soll.

England möchte auf jeden Fall zwischen Japan und Amerika vermitteln. Das bedingt schon die sehr verschiedene Haltung der Dominionen zu Tokio. Gelingt es England, sein Ideal zu erreichen, so wird es ein möglichst enges Verhältnis zu den Vereinigten Staaten herstellen. Die beiden angelsächsischen Mächte würden gleichberechtigt nebeneinander stehen und der Welt gebieten können. Dann kann, so meint man in London, Japans Unwillen gleichgültig sein, und auch eine übertriebene Machtentfaltung der Franzosen ist nicht mehr zu fürchten. Ob die Washingtoner Konferenz so weitgehende Ziele wird erreichen lassen, steht noch dahin. Fraglich bleibt es jedenfalls, inwieweit die Vereinigten Staaten bereit sind, sich auf große politische Bindungen einzulassen. Sie wollen ihren eigenen Weg gehen, und was Harding zugeschrieben wird, er habe erklärt, die großen Weltfragen sollten auch künftighin in Washington behandelt werden, während dem Genfer Völkerbund Europa überlassen bleiben soll, sind bezeichnend. Sie deuten

darauf hin, daß Amerika im Bewußtsein seiner Kraft die Führung beansprucht, daß es aber andererseits bereit ist, die Entente in Europa gewähren zu lassen.

Die Eröffnung der Washingtoner Tagung geht bereits unter Störungen vor sich. Lloyd George muß wegen Irland zunächst Balfour allein nach Amerika fahren lassen. Ein koreanischer Fanatiker hat dem Leben des japanischen Ministerpräsidenten Hara, des demokratischen Vertreters der Sei Yukai, ein Ende bereitet. Der Regierungswechsel in Japan, der durch den verbrecherischen Mord bedingt wird, wie das irische Problem sind die ersten Ereignisse, die ihre Schatten auf die Konferenz voraus werfen. Was Irland anlangt, so bemüht sich Lloyd George mit allen Mitteln in letzter Stunde einen Kompromiß zu erreichen, um in Amerika Stimmung zu machen. Welche Richtung in Japan ans Ruder gerät, ist noch nicht abzusehen; aber auch der neue Leiter des Ministeriums in Tokio wird sein Land ebensowenig in Abenteuer stürzen wollen, wie das Hara getan hätte.



## Die Blockade Frankreichs durch die Seemächte während des Orleanschen Krieges

Von Freiherr v. Danckelman

(Schluß aus Heft 45.)



an kann die von den Seemächten über Frankreich verhängte Blockade nur einen Versuch nennen. Daß er scheiterte, lag an der allgemeinen politischen Lage, lag aber vor allen Dingen an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich ihrer Durchführung entgegenstellten. Unvollkommen blieb sie auch, weil die von den Verbündeten angewandten Mittel nicht wirksam genug waren. Im wesentlichen war sie in der Ausführung die von den französischen Korsaren schon seit langem angewandte Kaperepolitik. Hierin mochte man wirtschaftliche Vorteile finden; schon der Umstand jedoch, daß jeder von der Beute einen bestimmten Teil haben wollte, barg einen Zwiespalt in sich.

Der Teil der Verhandlungen zwischen England und Brandenburg, welcher die Ausführung der Blockade behandelte, verdient besondere Beachtung. Schmettau, der in London verhandelte, stieß von vornherein bei den Engländern, insbesondere bei dem Minister des Auswärtigen, Nottingham, auf die größten Schwierigkeiten. Sie betrafen die Frage der Prisen und Reprisen. Es heißt da in dem Kommerzientraktat zwischen den Seemächten vom 22. August 1689: „Et comme plusieurs Rois, Princes et Estats de la Chretienté sont desja en guerre contre le Roi T. C. et qu'ils ont desja defendu ou defendront dans peu tout Commerce, avec les Sujets du Roi T. C. ou si leurs Vaisseaux et Batiments seront rencontrés, faisant voile vers les Ports, havres ou Rades, de l'obéissance dudit Roi T. C. sous un soupçon apparent de vouloir trafiquer avec les